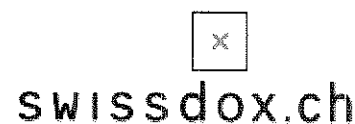


© NZZ am Sonntag; 20. Mai 2007

Ausgaben-Nr. 20 Seite 64
Kultur



Kunstdenkmäler: Riskiert der Bund den Fortbestand einer wertvollen Institution?

Wer unter dem Zürcher Fraumünster flaniert und die Spiegelung der prächtigen Fassade des Zunfthauses zur Meisen in der Limmat geniesst, braucht nicht zu wissen, dass die Zunft den Stein aus Schmerikon bringen liess. Er wird sich auch kaum daran erinnern, dass vor der Grundsteinlegung am 15. Juli 1752 am selben Ort 1630 das Stadtpalais Hans Caspar Schmidts erbaut wurde, der Hauptmann in venezianischen und Oberst in französischen Diensten war.

Dass die Geschichte eines der namhaften historischen Bauten Zürichs erforscht und allgemein zugänglich gemacht ist, dürfte den anschauenden Genuss allerdings auch nicht stören. Niemand muss, aber wer will, kann sich kundig machen. Dabei hilft die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK), die mit dem Projekt der Schweizer Kunstdenkmäler seit vielen Jahrzehnten jährlich zwei Bände zu kunstgeschichtlich bedeutsamen Bauten des Landes vorlegt und vor dem Vergessen bewahrt.

Die verdienstvolle Reihe ist mit ihrer Mischung aus Inventar und wissenschaftlicher Forschung Teil des nationalen Gedächtnisses. Initiiert und verantwortet werden die Bände von den Kantonen. Diese finanzieren die Forschung, der Bund trägt die zentrale Geschäftsstelle in Bern und fördert die Publikation der Bände mit einem jährlichen Beitrag von 500 000 Franken. Das sind 30 Prozent der Kosten und wurde lange Zeit durch den Nationalfonds abgewickelt; seit 1992 ist die GSK an die Schweizerische Akademie für Geisteswissenschaften angedockt.

Diese Zuordnung steht nun zur Überprüfung. «Der Bund gibt den Akademien für ihre Aufgaben Gelder, dafür brauchen wir rechtliche Grundlagen», sagt Gregor Haefliger, Leiter für nationale Forschung. Er untersteht Charles Kleiber, dem Staatssekretär für Bildung und Forschung (SBF), und der denkt auch über die Rückführung der GSK zum Nationalfonds nach. Für die Akademie seien die Projekte zu langfristig, der Bund trete nur subsidiär auf, und anders als beim Historischen Lexikon der Schweiz gebe es keinen Auftrag des Parlaments, erläutert Haefliger.

Bei der GSK ist man verschreckt und fürchtet, der Bund will seine Zuschüsse kürzen. «Die Situation ist dramatisch», urteilt GSK-Präsident Rainer J. Schweizer. «Wir wollen unsere Forschungsprodukte modernisieren und effizienter machen und erhalten über 2008 hinaus keine Zusage von Mitteln mehr.» Kathy Riklin, CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kunst, wird deutlicher und spricht von einer «Sparhysterie des Bundes», der diese «nationale Aufgabe» nicht zum Opfer fallen dürfe. Haefliger hält die Aufregung für unangebracht: «Niemand will hier eine Kürzung herbeiführen, es geht uns darum, rechtlich eine solidere Basis für die Förderung der GSK zu finden.»

In der Sommersession diskutieren die Räte das neue Kulturförderungsgesetz. Vorher wollen GSK und SBF Gespräche führen. Dass das Haus zur Meisen Teil nationaler Geschichte ist, dürfte unbestritten bleiben.